

## Presseinformation 10/2025

# Kein Sondervermögen ohne Klimaschutz

**Als völlig aus der Zeit gefallen bezeichnet der Verband für Wirtschaft und Umwelt, ein riesiges Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen ohne lebenswichtige Investitionen für den Klimaschutz einzuführen zu wollen. Im Gegenteil, es werden sogar Vorschläge gemacht, klimaschädliche Investitionen auszuweiten. Der Klimawandel habe stattdessen eine neue Dimension erreicht und könne nicht durch Ignorieren, sondern nur durch entschlossenes Handeln bekämpft werden, so der nachhaltige Wirtschaftsverband in Rheinland-Pfalz.**

Statt die Energieinfrastruktur mit erheblichen Mitteln mit mehr fossilen Energieanlagen wie Gaskraftwerken auszustatten oder mehr Mittel für Agrardieselsubventionen und Pendlerpauschalen zu veranschlagen, müsse das geplante 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur für echte Zukunftsinvestitionen ausgegeben werden.

Irritierend sei, Infrastrukturmittel in Fusionskraftwerke zu lenken. Welchen Hintergrund habe eine solche Ankündigung zum jetzigen Zeitpunkt, wo nicht einzelne Projekte, sondern ein grober Sondierungsüberblick der Öffentlichkeit präsentiert wird, fragt der Verband. Trotz jahrzehntelanger Forschung und vielen Milliarden Fördergelder gäbe es auf der ganzen Welt kein funktionierendes Fusionskraftwerk. Zudem hätten sie zurzeit keine energiepolitische Relevanz. Wenn überhaupt spreche man von Dual-Use-Optionen, also der militärischen Nutzbarkeit von Erkenntnissen im Zusammenhang mit der Fusionsforschung. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag beschrieb erst kürzlich ([S. 47](#)), dass durch eine Verfügbarkeit großer Mengen an Tritium es leicht zu Abzweigungen des Materials für militärische Zwecke kommen könne. Zudem könnten die Fusionsneutronen im Prinzip genutzt werden, um Spaltmaterialien wie Plutonium aus Ausgangsmaterial wie Uran zu produzieren. Offenbar werde durch die eher belanglose Erwähnung der Mittelverwendung für Fusionskraftwerke die Diskussion um eine direkte Beteiligung an der atomaren Aufrüstung in Europa eingeleitet, vermutet der nachhaltige Wirtschaftsverband.

Der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz weist darauf hin, dass es in unserem Planetensystem ein funktionierendes Fusionskraftwerk mit der Sonne gäbe. Logischerweise müsste deshalb die Solarenergie für eine energiepolitische Relevanz ausgebaut werden, und nicht ein komplizierter Nachbau der Sonne auf Erden. Zukunftsinvestitionen seien dagegen Hybridkraftwerke mit einer Kombination von Stromerzeugung aus verschiedenen erneuerbaren Energiequellen wie Sonne und Wind sowie einer smarten Speichertechnik.

Zukunftsinvestitionen bedeuten auch, sich in Europa von energiepolitischen Abhängigkeiten zu befreien. Dazu gehöre der Ausbau der Produktion von innovativen solaren Hightech-Produkten in Deutschland und Europa. Darüber hinaus gelte es den deutschen Maschinenbau zu stärken, und mit internationalen Partner Produktionsanlagen zu entwickeln. Gleichzeitig müsste eine geschlossene Wertschöpfungskette gefördert werden, um die Abhängigkeit von nicht-europäischen Akteuren, wie etwa aus China, zu reduzieren. Nicht zuletzt müsste die Forschung und Entwicklung im Photovoltaik-Bereich in Deutschland gestärkt werden.

Der Abschied von klimaschädlichen fossilen Energieträgern, wie Heizöl und Erdgas sei technisch kein Problem mehr, so die beiden rheinland-pfälzischen Verbände. Erprobte Lösungen sowohl für den Neubau als auch den Gebäudebestand mit solarelektrischen Systemen gäbe es, um Wärme zu überschaubaren Kosten bereitzustellen. Das belege die in der kommenden Woche startende ISH Messe in Frankfurt erneut.